



## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Optionsregelung erhalten - Information der Betroffenen verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der Innenministerkonferenz zeitnah dafür einzusetzen, dass auf Grundlage der Ergebnisse der qualitativen Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge „Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus Sicht der Betroffenen“ Konzepte erarbeitet werden, um den Informations- und Wissensstand der Betroffenen über die Optionspflicht, über den Verfahrensablauf und über die rechtlichen Folgen zu verbessern.

### **Begründung**

Die Studie „Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus Sicht der Betroffenen“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat ergeben, dass sich das Optionsmodell im Staatsangehörigkeitsrecht grundsätzlich bewährt hat.

Allerdings hat die Studie auch aufgezeigt, dass hinsichtlich des Informationsstandes bei vielen Betroffenen Defizite bestehen, die zu erheblichen Folgen führen können. Dies betrifft unter anderem die Kenntnis über einzuhaltende Fristen bei der Beantra-

gung von Beibehaltungsgenehmigungen, aber auch über weitere Verfahrensfragen. Im Einzelfall kann fehlende Kenntnis dazu führen, dass Optionspflichtige, die für sich selbst keine Schwierigkeiten mit der Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit haben, ungewollt die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, weil sie die erforderlichen Dokumente nicht rechtzeitig vorlegen. Aus diesem Grund muss durch geeignete Informationsvermittlung sichergestellt werden, dass den Optionspflichtigen sowohl die Voraussetzungen, als auch die Folgen sowie der Verfahrensablauf vermittelt werden. Hierzu bedarf es auch einer rechtzeitigen Kenntnis der Betroffenen von Beratungsangeboten.

Das Problem mangelnder Information ist dabei länderübergreifend und sollte gemeinsam von allen Ländern angegangen werden, um Synergieeffekte bei der Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur Informations- und Wissensstandverbesserung nutzen zu können.

Petra Nicolaisen  
und Fraktion